

Diskussionsreihe über Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und die Notwendigkeit der Förderung des Dialogs zwischen den Kulturen

David Rowe*

Die drei europäischen Rundtischgespräche, die zwischen Dezember 2002 und März 2003 stattfanden, wurden von der Kommissarin für Beschäftigung und Soziales, *Anna Diamantopoulou*, organisiert, um die Phänomene von Islamfeindlichkeit und Antisemitismus in den EU-Ländern zu untersuchen und die Wirksamkeit bisheriger sowie neuer potentieller Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Tendenzen einzuschätzen. Eine solche Diskussionsreihe wurde zu dieser Zeit angesichts des zunehmenden Auftretens von islamfeindlich und antisemitisch motivierten Taten in einigen EU-Staaten als Folge der wachsenden Spannungen im Nahen Osten und der Entstehung oder Stärkung islamfeindlicher Vorurteile seit den Terroranschlägen des 11. September als besonders relevant angesehen.

In den einführenden Bemerkungen zu der ersten Diskussionsrunde erklärte *Diamantopoulou*, die während eines Besuches im vorhergehenden September den Israel-Palästina-Konflikt aus erster Hand erlebt hatte: „Europa kann es nicht zulassen, dass seine Gesellschaften sich in ethnischen und religiösen Spaltungen entzweien. Körperliche und verbale Aggressionen aufgrund religiösen oder rassistischen Hasses sind eine Schande, und alle Politiker sind für ihre Bekämpfung verantwortlich.“¹ Ebenso wichtig seien die Rollen der Medien, der Bildung und der Zivilgesellschaft, einschließlich der Religionsgemeinschaften.

Die Diskussionsreihe wurde von der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Ras-

mus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) unterstützt. Seit Juni 1998 beschäftigt sich die Stelle hauptsächlich mit der Sammlung objektiver, relevanter und vergleichbarer Daten mit Bezug auf den Status und auf die Behandlung von ethnischen Gruppen in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten.²

Die erste Diskussionsrunde, die am 5. Dezember unter dem Vorsitz von *Ed van Thijn*, dem niederländischen Mitglied des EUMC, stattfand, war dem Problem des Antisemitismus gewidmet. Im Mittelpunkt des Interesses standen die vorbereitenden Ergebnisse eines EUMC-Berichts, der eine Zunahme antisemitischer Aggressionen in einigen EU-Staaten ausgemacht zu haben schien. Die Analyse der Ergebnisse erwies sich aber in Ermangelung des gemeinsamen Verständnisses von einer „antisemitischen Tat“ als schwierig. Das Problem der Definition von Antisemitismus im Gegensatz zu Antizionismus und dessen Abgrenzung zur Opposition gegen die israelische Regierung tauchte in den Diskussionen zwischen Forschern und Kommentatoren oft auf. Manche betrachteten den jüngsten Antisemitismus in der EU als neues Phänomen, während andere ihn für nichts als Teil eines tief eingewurzelten, sich wiederholenden Antisemitismus in Europa hielten. Weitere Teilnehmer waren der Meinung, daß es um den alten Haß, aber um neue Manifestationsarten desselben gehe.

Das zweite Rundtischgespräch fand am 6. Februar 2003 statt. Zusammengebracht wurden Islamexperten, Soziologen und Kommentatoren, um sich mit dem Thema „Islamfeindlichkeit in Europa seit dem 11.

* Der Autor, Student am Worcester College der Universität Oxford, war von Mai bis Juli 2003 als Praktikant im MenschenRechtsZentrum tätig.

¹ EU-Pressbericht vom 5. Dezember 2002, Brüssel, IP/02/1809.

² Im Internet unter www.eumc.eu.int zu finden.

September“ zu befassen. Erneut erwies es sich als schwierig, sich auf eine gemeinsame Beurteilung zu einigen. Während manche der Meinungen waren, Islamfeindlichkeit unterscheidet sich von allgemeiner Fremdenfeindlichkeit, hielten sie andere für ein verschwommenes Konzept, daß mit Immigration, Einwanderern und „Fremden im Allgemeinen“ verbunden sei. Besondere Aufmerksamkeit galt einem EUMC-Bericht, in dem Manifestationen von Islamfeindlichkeit sowie gute Praxis zur Förderung des interkulturellen Dialogs im vorhergehenden Jahr dokumentiert wurden.³ Die unterschiedliche Länge der Berichte über die einzelnen EU-Staaten warf die Frage nach der verwendeten Methodologie auf. Fragen der Bildung, der Medien und der Gesetzgebung wurden ebenfalls behandelt.

Die dritte und letzte Diskussionsrunde fand am 20. März 2003, dem Tag des Kriegsausbruchs im Irak, in Brüssel statt. Der Vorsitzende des EUMC, *Robert Purkiss*, der die Morgensitzung leitete, sprach von der Bedeutung dieser Wendung der Dinge, die das Bedürfnis interkulturellen Dialogs in Europa um so dringender mache. *Purkiss* erinnerte die Teilnehmer daran, daß es ein Hauptzweck ihres Treffens sei, zu überlegen, wie man sich mit den Problemen der Islamfeindlichkeit und des Antisemitismus gleichzeitig befassen kann, nicht nur in bezug auf ihr Verhältnis zur Gesellschaft im ganzen, sondern auch auf ihr gegenseitiges Verhältnis zu einander.

In dieser Hinsicht wurden Ähnlichkeiten der zwei Religionen oft betont. Wie *Odile Quintin* in der zweiten Diskussionsrunde von einer gemeinsamen Geschichte der Verfolgung gesprochen hatte, wies *Purkiss* darauf hin, daß Juden und Moslems in einem Europa, das viele für „ausschließlich weiß und christlich“ hielten, oft als „der

Andere“ angesehen worden seien. In den Wissenschaften, der Kunst und der Medizin hätten aber beide Gruppen sehr wichtige Beiträge in Europa geleistet, die noch heute unsere Gesellschaften bereichern. *Purkiss* forderte eine Politik, die sich nicht darauf beschränke, jeweils besondere Gruppen zu schützen, sondern die Bedürfnisse aller Menschen und aller Gruppen zum Gegenstand haben sollte.

Angesichts der schamvollen Geschichte Europas habe die EU die Verantwortung, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um die Werte Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit zu fördern. Seit den achtziger Jahren finde die Union immer mehr die Inspiration für ihr Handeln in den Menschenrechten. Fortschritte im Kampfe für Gleichheit in der EU seien schon zu sehen, nämlich in der Schaffung des EUMC und der Inkraftsetzung der neuen, auf Art. 13 gestützten Richtlinie zur Bekämpfung der Diskriminierung am Arbeitsplatz. Diskussionsrunden wie diese trügen auch zu den Politiken der Lissabon-Strategie bei. Die Verbesserung sozialer Geschlossenheit stelle ein Schlüsselement der im März 2000 aufgestellten Strategie dar, die den Hauptzweck habe, Europas Ökonomie in den nächsten zehn Jahren zur dynamischsten und wettbewerbsfähigsten in der Welt zu machen. Die EQUAL-Initiative, die durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert wird, erprobe neue Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierungen und Ungleichheiten im Arbeitsleben und bei der Arbeitssuche. Sie unterstütze auch innovative Projekte auf lokaler Ebene im Bereich des interkulturellen Dialogs.

Festgestellt wurde aber, daß man noch weit davon entfernt sei, den Kampf für ethnische und religiöse Gleichberechtigung auf allen Ebenen zu gewinnen. Wie Berichte des EUMC zeigten, sehen sich viele der 1,2 Millionen Juden und 12 Millionen Moslems in der EU noch heute Diskriminierung, Benachteiligung und Gewalt ausgesetzt.

Die vorhandenen Informationen auf der Webseite der Kommission für Beschäfti-

³ Siehe *Christopher Allen/Jørgen S. Nielsen*, Summary Report on Xenophobia in the EU after the 11 September 2001, Mai 2003, (www.eumc.eu.int/eumc/material/pub/112001/Synthesis_report-en.pdf).

gung und Soziales⁴ gestatten eine Zusammenfassung der Hauptideen und Themen, die während der Diskussionsreihe zur Sprache gebracht wurden.⁵

Medien

Die Frage der Medien tauchte in allen drei Rundtischgesprächen häufig auf. Viele waren kritisch gegenüber der Gefühllosigkeit der Presse, die oft, wenn auch unabsichtlich, daran schuld sei, Klischeevorstellungen und Vorurteile gegen Minoritätsgruppen zu schüren und zu bewahren. Der Vorsitzende des Europäischen Netzwerks gegen Rassismus, *Bashy Quraishy*, betonte die herausragende Bedeutung der Sprache und der Terminologie in Sachen Gleichheit. Er warnte vor der Verwendung achtloser Ausdrücke, die verallgemeinerten und Menschen in Gruppen einteilten. In den Medien, in politischen und wissenschaftlichen Debatten könne die Redefreiheit ausgenutzt werden, um religiöse und ethnische Gesellschaften anzugreifen. Äußerst wichtig sei es zu erkennen, daß dieses Recht auch mit Verantwortungen verbunden sei. Vorgeschlagen wurde, daß die Medien sich europaweit nach einem bestimmten ethischen Kodex verhalten sollten, wie es in anderen Berufen und auch für die Presse in einigen Mitgliedstaaten bereits der Fall sei. Gleichzeitig aber wurde erkannt, daß die Art und Weise, wie die Presse berichte, immer von Marktzwängen und Werbung beeinflusst werden würde.

Auch die positive Rolle der Medien wurde betrachtet. Vertreter vieler medienbasierter Projekte gaben Einblicke in ihre Initiativen. Diese reichten von einer zweisprachigen Zeitung bis hin zu einer Seifenoper über ein marokkanisch-niederländisches Paar. Alle hatten die gleichen Hauptzwecke: das

Bewußtsein für andere Kulturen zu fördern, interkulturellen Dialog zu erleichtern und Vielfalt in Europa zu feiern. Besonders interessant war ein Bildungsprogramm der dänischen Zeitung *Politiken* für Journalistikstudenten nichtdänischer Herkunft. Minoritätsgruppen aller Art sollten bei ihrer Darstellung in den Medien ein größeres Mitspracherrecht haben. Vorgeschlagen wurde, daß Moslems und Juden gemeinsam Seminare mit Unterstützung der höchsten politischen Ebene halten sollten.

Bildung

Während des letzten Golfkriegs wurden moslemische Schüler in der EU vermehrt diskriminiert. In letzter Zeit sind Anschläge auf jüdische Schüler als Reaktion auf die Spannungen in der israelisch-palästinensischen Krise registriert worden. In ihrer Rede zum zweiten Rundtischgespräch betonte *Odile Quintin*, Generaldirektorin der Kommission für Beschäftigung und Soziales, daß ein säkulares Schulsystem den Religionsunterricht keineswegs ausschließe. Sie forderte, daß Schüler ab der Grundschule über die Geschichte und die Praxis verschiedener Religionen unterrichtet würden. Äußerst wichtig sei es, daß junge Leute die Beiträge unterschiedlicher Kulturen zur heutigen europäischen Gesellschaft erfahren, um den Mythos eines ausschließlich weißen und christlichen Europas zu vertreiben. Ein EU-Programm zu diesem Zweck wurde gefordert. In einem Europa, das den Holocaust und den Krieg in Jugoslawien erlebt habe, bedürfe es, laut *Jonathan Webber* von der Universität Birmingham, vielmehr einer „Kultur des Heilens als einer „Kultur des Verdeckens“. Er wies auf die Arbeit des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig hin. Auch wenn heute eklatante negative Stereotypen und nationalistische Meinungen aus Schulbüchern so gut wie verschwunden seien, gebe es jedoch neue Phänomene in unserer Gesellschaft, zum Beispiel die Immigration, deren Darstellung in Schulbüchern unter die Lupe genommen werden müsse. Ande-

⁴ Zu finden unter: http://europa.eu.int/comm/employment_social (besucht am 20. Februar 2004).

⁵ Ausführlich siehe den nunmehr veröffentlichten Bericht: Europäische Kommission/EUMC (Hrsg.), *The fight against Anti-Semitism and Islamophobia, Bringing Communities together*, 2003 zu finden unter <http://eumc.eu.int/eumc/material/pub/RT3/Report-RT3-en.pdf> (besucht am 20. Februar 2004).

re mit Bildung verbundene Initiativen wurden präsentiert. *Pascal Charhon*, Direktorin des Jüdischen Informationszentrums, Belgien, sprach über das „Klassenzimmer der Vielfalt“-Programm des Zentrums, das teilweise von der EU unterstützt wird und schon in vier Ländern der Union im Gange ist. Professorin *Anne Morelli* gab einen Überblick in die Arbeit der Organisation „Schulen gegen Rassismus“, die gegen Diskriminierung und Vorurteile in den Klassenzimmern kämpft. Sie vertrat auch die Meinung, daß angesichts der Geschichte der Religion und der religiösen Verfolgung eine weltliche Gesellschaft die beste Basis für interkulturellen Dialog bieten würde. Diese Äußerung wurde heftig diskutiert. Nach der Ansicht *Morellis* gehe es mehr um den sozioökonomischen Status als um die Religion.

Sozioökonomische Fragen

Integration bedeutet Teilnahme auf allen Ebenen, kulturell, politisch und sozial. Religiöse Gemeinschaften, die zwar offiziell anerkannt sind, sehen sich jedoch oft auf sozialer Ebene benachteiligt oder nicht akzeptiert. Kommissarin *Anna Diamantopoulou* wies auf eine kürzliche Umfrage hin, in der sich 80% der Bürger und Bürgerinnen gegen Diskriminierung aller Art erklärten. Andererseits waren 62% der Befragten der Meinung, daß Menschen aus ethnischen Minderheitsgruppen geringere Chancen hätten, eine Stelle oder eine Beförderung zu bekommen, als eine andere Person mit den gleichen Qualifikationen und Vorkenntnissen.

Lord Amir Bhatia, House of Lords, sprach über die sozioökonomischen Probleme, denen vor allem moslemische Gemeinschaften gegenüberstünden. Im Vereinigten Königreich wie in anderen EU-Staaten zeigten sich moslemische Schüler in allen Stadien des obligatorischen Schulbesuchs leistungsschwächer als andere Schüler. Arbeitslosigkeit sei unter moslemischen Männern weiter verbreitet, und in über 80% der moslemischen Haushalte liege das Einkommen unter dem des nationalen

Durchschnitts (im Vergleich mit nur 20-25% in nicht-moslemischen Haushalten). Moslems seien auch in der Politik und im Staatssektor im allgemeinen unterrepräsentiert. Marginalisierte Gesellschaften müßten wieder eingegliedert werden. Rechtssysteme, so *Lord Bhatia*, müßten die Wirklichkeiten des religiösen Pluralismus einholen, um größere Integration, stärkeres Zugehörigkeitsgefühl und aktivere Staatsbürgerschaft von Minderheitengruppen zu fordern.

Interreligiöser Dialog

Zwar wurde Religion nur als einer von vielen Faktoren erkannt, die zur Diskriminierung führen, doch waren sich viele Teilnehmer einig, daß interreligiöser Dialog im Kampf gegen solche Diskriminierung unerlässlich sei. Dialog ziele nicht darauf ab, zu überzeugen oder zu missionieren, sondern zu verstehen. Ein Grund für das Bestehen islamfeindlicher Vorurteile wurde darin gesehen, daß Moslems keine repräsentative Stimme in Europa hätten. Da es keine „moslemische Kirche“ und damit keine institutionalisierte Stimme der Moslems gebe, könnten bestimmte politische Gruppen ungehindert von der Fremdheit und Unvereinbarkeit des Islams in und mit Europa sprechen. *Aiman Mazyek*, Pressereferent des Deutschen Rats der Muslime, wies auf eine in Deutschland durchgeführte Umfrage hin, wonach 71% der Befragten der Meinung waren, daß Moslems in Europa nicht nach den Gesetzen ihres Glaubens leben sollten. Daß die überwiegende Mehrheit von Moslems in Europa eine Religion der Toleranz üben, bleibe oft unbekannt.

Manchmal wird interreligiöser Dialog wegen Uneinigkeiten innerhalb der Religionen selbst verhindert. Vorgeschlagen wurde, daß alle Glaubensrichtungen und Kirchen Dachorganisationen entwickeln, die sie dem Staat oder anderen Religionen gegenüber vertreten könnten.

Initiativen hierfür sind schon im Gange. In Deutschland zum Beispiel finden regelmäßig interreligiöse Tagungen und Versamm-

lungen statt. Die Grundaussage dieser Veranstaltungen sei es, daß die Religion auf keinen Fall ein Grund für Rassismus und Fremdfeindlichkeit sein dürfe. Ein aktuelles Projekt habe den Zweck, „Abrahamische Teams“ zu schaffen, die Schulen, Kasernen, Polizeiwachen usw. besuchen sollten, um über Aktionen und Dialog der Gruppen unter- und miteinander zu diskutieren. In Moscheen hätten „Tage der offenen Tür“ stattgefunden. Bischof *Egon Kappellari*, Graz-Seckau, sprach über die Reihe von interreligiösen Initiativen, die Graz, die Europäische Kulturhauptstadt 2003, organisierte. Für europäische Großstädte, die auf die Förderung interreligiöser Initiativen hinwirken, sollte mehr Öffentlichkeitsarbeit gemacht werden, um Beispiele von guter Praxis zur Verfügung zu stellen. Über die Ausbildung zukünftiger geistlicher Führer wurde ebenfalls diskutiert. Rabbi Professor *Jonathan Magonet*, Vereinigtes Königreich, sprach von seinem Priesterseminar für Rabbis, wo Pflichtseminare über Christentum und Islam gehalten würden. Er schlug vor, daß die Erasmus/Socrates Universitätsaustauschprogramme erweitert werden, um religiöse Ausbildung einzuschließen und Studenten unterschiedlicher Glaubensrichtungen zusammenzubringen. *Pascal Charhon* war der Meinung, daß die EU in die Ausbildung von Imamen investieren solle, damit die Moslems dieselben Ressourcen zur Ausbildung ihrer geistlichen Führung hätten wie Christen und Juden. *Lord Bhatia* forderte die Schaffung unabhängiger Organe zur Unterstützung und Durchsetzung von Maßnahmen gegen Diskriminierung im Bereich der Religion.

Die Vorsitzende *Eliane Deproost* sagte, die Diskussion zusammenfassend, daß, obwohl die Religion eine unerläßliche Rolle spiele, alle Menschen, Gläubige und Nichtgläubige, am interkulturellem Dialog beteiligt werden müßten, wobei die gemeinsamen Werte betont werden sollten. Regierungen, Sozialpartner, Medien, Schulen, nichtstaatliche Organisationen und Kirchen sollten ebenso beteiligt werden. *Deproost* war aber auch der Meinung, daß es ange-

sichts komplizierter Unterschiede in Europa bezüglich Sprache, Kultur und Geschichte nicht funktionieren könne, alle über einen Leisten zu schlagen.

Vorgeschlagen wurde, daß das EUMC seine Forschung im Bereich der Medien intensivieren solle, da dies sich als Hauptthema der Diskussion erwiesen habe.